



Kilianstraße 2
33098 Paderborn
Telefon 0 52 51 – 28 22 23

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Paderborn

An den Vorsitzenden
des Haupt- und Finanzausschusses
der Stadt Paderborn
Herrn Bürgermeister Stefan-Oliver Strate

- per Mail -

17.03.2026

Prüfauftrag zu einer perspektivischen Umstellung der in der Verwaltung eingesetzten Betriebs- und Bürosoftware auf OpenSource

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Strate,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. April.

Antrag:

1. Die Verwaltung erstellt bis zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2027 eine Aufstellung über die Anzahl der in der Verwaltung eingesetzten und mit dem Betriebssystem Windows 10 laufenden Arbeitsplatzrechner.
2. Ebenfalls aufzuführen sind die Kosten für den erweiterten Support durch Microsoft bei der weiteren Verwendung des Betriebssystem Windows 10 auf diesen Arbeitsplatzrechnern.
3. Die Anzahl der bereits mit Windows 11 laufenden Arbeitsplatzrechner wird ebenfalls erfasst.
4. Die jährlichen Lizenzkosten für die Verwendung von Windows 11 wird dieser Übersicht beigefügt (sollten vertragliche Regelungen einer Veröffentlichung entgegenstehen, sind diese Zahlen im nichtöffentlichen Teil einer Sitzung mitzuteilen).
5. Die Verwaltung erstellt bis zu den Haushaltsberatungen eine Kostenaufstellung über die Lizenzen für die Verwendung von Microsoft Office in der Verwaltung (sollten vertragliche Regelungen einer Veröffentlichung entgegenstehen, sind diese Zahlen im nichtöffentlichen Teil einer Sitzung mitzuteilen).
6. Die geforderte Zusammenstellung ist auch für die Eigenbetriebe der Stadt Paderborn zu erstellen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) erste Schritte zu prüfen, inwieweit sowohl Windows 10/11 wie auch Microsoft Office Anwendungen durch freie Bürosoftware ersetzt werden kann.
8. Mit OWL-IT sind erste Überlegungen und mögliche Probleme bei Fachverfahren anzusprechen.
9. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt Kontakt mit Kommunen aufzunehmen die diese Umstellungen bereits vorgenommen haben bzw. planen. Hierzu ist auch mit zuständigen Stellen in der Landesregierung Schleswig-Holstein sowie mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung Kontakt aufzunehmen.

Begründung:

Das zu erarbeitende Haushaltssicherungskonzept mit einem Zeitrahmen von 10 Jahren erfordert, dass auf allen Ebenen mögliche Einsparpotenziale in der Verwaltungsarbeit identifiziert werden. Enorme Kosten für Lizenzen begegnen uns in allen Bereichen des städtischen Haushaltes. Dazu zählt auch der Einsatz des Betriebssystems und der eingesetzten Bürosoftware. Die durch Microsoft durchgesetzte Umstellung auf ihr neues Betriebssystem Windows 11 zeigt die seit Jahren steigende Abhängigkeit von diesem Anbieter und die entstehenden Kosten beim ausschließlichen Einsatz proprietärer Software. Gleichzeitig ist die Anfälligkeit im Bereich Cybersicherheit immer mehr gestiegen.

Dieser Prüfauftrag soll den Startschuss geben. Am (vorläufigen) Ende dieser Prüfung sollte ein Fahrplan für die Umstellung der IT-Infrastruktur stehen. Die Entscheidung, ob dieser Fahrplan angegangen wird, muss dann der Rat treffen. Diesen Weg aber erst gar nicht anzutreten wäre aus unserer Sicht die falsche Entscheidung.

Der SPD-Fraktion ist klar, dass eine Umstellung der IT-Infrastruktur auf OpenSource erhebliche Anstrengungen von allen Mitarbeitenden erfordert. Auch der zeitliche Aufwand für die Einarbeitung und die Dauer der Umstellung ist nicht zu unterschätzen, ebenso die Kosten für den Support nach einer Umstellung auf OpenSource.

Die Gegenüberstellung der langfristigen Einsparungen gegen die Kosten einer Umstellung werden aber sehr klar zeigen welches Einsparpotenzial hier besteht. Ein willkommener Nebeneffekt ist die durch den Einsatz von OpenSource Software zu erwartende steigende Cybersicherheit im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

gez. R. Voigtländer

Weiterführende Informationen:

Expertenanhörung im Digitalisierungsausschuss des Bundestags am 05.12.2024

<https://www.bundestag.de/resource/blob/1032158/e85b6ec9f08c1fadfdc5f1a9b63910c5/Stellungnahme-Ganten.pdf>

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1033170>

Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung

<https://www.zendis.de>

Open-Source-Software in Kommunen - Einsatz und Schnittstellen in der kommunalen Planungspraxis

https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2024/open-source-software-kommunen-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Die Landesregierung Schleswig-Holstein stellt ihre IT-Landschaft konsequent auf OpenSource um:

https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/II/Presse/PI/2024/CdS/241125_cds_open-source-strategie

Die Stadt Schwäbisch Hall setzt seit > 20 Jahren nur noch OpenSource Software in ihrer Verwaltung ein.

<https://www.schwaebischhall.de/de/rathaus-service/aktuelles-presse/aktuelles-presse-aktuell/2455/it-struktur-die-zukunft-ist-open-source>